



Joachim Tjaden, Sengwarderstraße 92, 28388 Wilhelmshaven

Presse

**KONTAKTADRESSE**

Joachim Tjaden  
Sengwarder Strasse 92  
26388 Wilhelmshaven  
04421 Fon 50 28 58  
0177 mobil 538 066 3  
www.basu-whv.de  
email: joachim.tjaden@basu-whv.de

Mein Zeichen (bei Antwort bitte angeben)  
BASU-Fraktion-PM-001-431

Ihr Zeichen

Datum  
05.01.2012

## **Anträge der BASU – Beeinflussung der Beschlussfassungen ?**

### **Neues Jahr, neuer OB, neuer Rat und neue Sitten.**

Zu den Beratungen über die Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Ende letzten Jahres legte die BASU eine Reihe von Vorschlägen vor, über die weder CDU, noch SPD beschließen wollten. Die Vorschläge der BASU wurden dann in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Jetzt sollen die ersten 3 Vorschläge u. a im Betriebsausschuss der GGS beraten, und auch gleich beschlossen werden.

Die 3 Vorschläge aus der Liste der BASU-Vorschläge, in der sich nur Überschriften und keine weiteren Erklärungen befinden, wurden von der Verwaltung in das Formular einer Beschlussvorlage eingearbeitet.

Abgesehen davon, dass von der BASU zu keinem Thema weiterführende Informationen für die Vorschläge eingeholt wurden, versieht die Verwaltung diese BASU-Anträge gleich mit zusätzlichen eigenen Angaben. Auch gibt die Verwaltung den Gremien schon mal vor, wie sie sich das Abstimmungsergebnis wünscht.

Weder bei den zusätzlichen Angaben, noch bei der Vorgabe, wie abgestimmt werden sollte, werden diese Angaben in irgendeiner Form besonders kenntlich gemacht. Erst bei genauer Betrachtung kann man feststellen, dass diese Zusatztexte nicht vom Antragsteller stammen, sondern Bemerkungen der Verwaltung sind, die in keiner Weise zum eigentlichen Antrag gehören.

Aus welchem Grund die Verwaltung überhaupt erstmalig dazu übergegangen ist, Anträge aus der Politik von sich aus zu ergänzen, ist nicht nachvollziehbar und besonders in dieser Form ein ungeheuerlicher Vorgang.

Unerklärliche ist auch, warum dieses Verfahren nur bei den 3 Anträgen der BASU-Fraktion angewendet wird, nicht aber bei einem Antrag der CDU/SPD, der den gleichen Beratungsverlauf nehmen soll. Hier finden sich weder zusätzliche Informationen der Verwaltung, noch der Hinweis, welches Abstimmungsergebnis sich die Verwaltung wünscht.



Man könnte hier durchaus den Eindruck haben, dass der OB seinem CDU/SPD Zusammenschluss bei Anträgen aus anderen politischen Lagern mitteilen möchte, wie sie abzustimmen haben. Die BASU-Fraktion legt auch bei eigenen Anträgen Wert auf die Meinung der Verwaltung. Das uns die Verwaltung jedoch schon im Vorfeld der Beratungen schriftlich auf den entsprechenden Anträgen mitteilt, wie abzustimmen ist, darauf werden wir auch zukünftig gern verzichten.

Unverständlich ist auch, wie die Verwaltung überhaupt in der Lage war die Vorschläge der BASU schon vorab abschließend zu bewerten, ohne dass ihr überhaupt bekannt ist, wie der eigentliche Beschlussvorschlag der BASU überhaupt aussieht. Ihr liegen jeweils nur Überschriften vor.

Die BASU hätte erwartet, dass die Verwaltung auch hier vollkommen anders mit den BASU-Vorschlägen umgeht. Hier hätte die Verwaltung die einzelnen Themen erst einmal nur zur Beratung in die Ausschüsse verweisen können, um vor Erstellung einer Beschlussvorlage von den Ausschussmitgliedern alle Möglichkeiten präzisieren zu lassen. Auch hätte die Verwaltung der BASU rechtzeitig anzeigen können, wann und wo die Vorschläge beraten und beschlossen werden sollen, damit die BASU-Fraktion hier einen ausformulierten Vorschlag selbst vorlegen kann.

Auch hier scheint es unterschiedliche Verfahrensweisen zu geben, die je nach Herkunft eines Vorschlages variiert wird. So wurde das von CDU und SPD beantragte Thema – leider nicht öffentlich - in der letzten Ausschusssitzung erst einmal nur beraten und dann die Beschlussvorlage für die jetzt stattfindende Sitzung erstellt.

Die BASU hat auf Grund der jetzt festgestellten neuen Verfahrensweise den OB angeschrieben, der damit die Gelegenheit hat die Gründe für die Neuerungen darzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Tjaden  
BASU Fraktion



Joachim Tjaden, Sengwarderstraße 92, 28388 Wilhelmshaven

An den  
Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven,  
Herrn Andreas Wagner  
Den Betriebsleiter GGS  
Herrn Oliver Leinert

**KONTAKTADRESSE**

Joachim Tjaden  
Sengwarder Strasse 92  
26388 Wilhelmshaven  
04421 Fon 50 28 58  
0177 mobil 538 066 3  
www.basu-whv.de  
email: joachim.tjaden@basu-whv.de

Mein Zeichen (bei Antwort bitte angeben)  
BASU-Fraktion-OB GGS-001-430

Ihr Zeichen

Datum  
04.01.2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Leinert,  
für die Sitzungen der Gremien BGGG, Verwaltungsausschuss und Rat sind die Vorlagen 500, 501, 502 und 503/2012 zur Beschlussfassung vorgesehen.

Antragsteller ist für die Vorlagen 500, 501 und 502 die BASU-Fraktion. Auf diesen Anträgen findet sich, neben dem Antragstext der BASU, jeweils am Ende eine Erklärung der Verwaltung, und ein Hinweis der Verwaltung, in dem vorgeschlagen wird, den Antrag abzulehnen. Dass die BASU möchte, dass die Gremien diesen Anträgen zustimmen, dürfte selbstverständlich sein.

Den Antrag 503/2012 stellte nicht die BASU-Fraktion, sondern die Fraktionen von SPD und CDU.

Auf diesem Antrag findet sich weder eine Erklärung der Verwaltung, noch ein Vorschlag der Verwaltung, wie über diesen nach Meinung der Verwaltung abgestimmt werden sollte.

In den zurückliegenden Jahren haben wir noch zu keinem unserer Anträge feststellen können, dass die Verwaltung bei der Umsetzung unserer Anträge in die vorgeschriebene Vorlagenform ergänzende eigene Angaben auf diesen Anträgen gemacht hat.

Falls die Verwaltung es zukünftig für notwendig halten sollte, dass Anträge aus der Politik gleich auch mit einer Stellungnahme der Verwaltung versehen werden, halten wir das sicher für hilfreich.

Wenn auf dem Antrag auch schriftlich vermerkt werden soll, dass die Verwaltung hierzu eine Ablehnung oder Zustimmung vorschlägt, sollte dies dann auch in allen Fällen erfolgen.

Hierbei sollten die zusätzlichen Verwaltungsangaben auf den Anträgen einer Fraktion dann aber auch so kenntlich gemacht werden, dass die Herkunft dieser Zusätze für jedermann gleich zu erkennen ist. Auf eine sichtlich erkennbare Trennung zwischen den Ausführungen des Antragstellers, und zusätzlichen Angaben oder Forderungen der Verwaltung kann auf keinen Fall verzichtet werden, da die meisten Anträge auch öffentlich im Internet stehen.



In den zurückliegenden Jahren haben sich die Ratsmitglieder selbst mit den Vorlagen befasst, die Verwaltung zu diesen Themen gehört, das Thema beraten, und legten dann selbst fest, ob sie einen Antrag ablehnen, oder diesem zustimmen.

Die Mitglieder der BASU-Fraktion benötigen für ihre Entscheidungsfindung auch heute diesen schriftlichen Hinweis der Verwaltung auf den Beschlussvorlagen nicht. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Verwaltungsmeinung nicht auch in unsere Entscheidungsfindung einbezogen wird !

Zu den Angaben der Verwaltung erlauben Sie uns an dieser Stelle den Hinweis, dass die Verwaltung ihre Stellungnahme und Beschlussempfehlung nur auf Grund einer Überschrift des BASU Antrages erstellt hat/erstellen konnte. Ihr fehlte jede weitergehende Information darüber, was die entsprechenden Anträge der BASU im Einzelnen enthalten. Das macht aber einen erheblichen Unterschied. Von daher machen die Angaben der Verwaltung in den vorliegenden Fällen kaum einen Sinn. Dies Thema möchten wir jedoch nicht zum Inhalt dieses Schreibens machen, da die inhaltliche Beratung der Anträge den Fachausschüssen überlassen werden sollte.

Mit freundlichen Grüßen

---

Joachim Tjaden  
BASU Fraktion

STADT WILHELMSHAVEN  
- Der Oberbürgermeister -



Nordsee Stadt  
Wilhelmshaven

Antrag-Nr.: **500/2012**

Antragsteller: BASU-Fraktion

Wilhelmshaven, 27.12.2011

**Antrag der BASU-Fraktion -  
Verkauf des Jade Innovationszentrums an der Emsstrasse**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzungstag</b>
<b>BGGS</b>	12.01.2012
<b>Verwaltungsausschuss</b>	16.01.2012
<b>Rat</b>	18.01.2012

Bei einem Verkauf des Innovations-Zentrums wären Fördermittel in Höhe von bis zu 2,3 Mio € zurückzuzahlen.

Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, den Antrag abzulehnen.